



Nr. 166 / 20.10.2023

Für Verherrlichung von Terror darf in Deutschland kein Platz sein

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es sind abscheuliche und unerträgliche Bilder und Schilderungen, die uns in diesen Tagen aus Israel erreichen. Diese Bilder verstören mich zutiefst. Genauso ekelregend und verstörend ist es, dass bei pro-palästinensischen Kundgebungen auf unseren Straßen die Ermordung, Massakrierung, Vergewaltigung und Verschleppung gefeiert und bejubelt werden, dass offen die Auslöschung des Staates Israels skandiert wird. Diese offene Zurschaustellung von Hass, Hetze und offenem Antisemitismus erschüttert mich.

Das, was wir dort sehen, ist ein Antisemitismus, der über Migration in unser Land gelangt ist. Wir dürfen es nicht dulden, dass Konflikte aus anderen Ländern auf unseren Straßen und Plätzen ausgetragen werden. Und wer eine solche antisemitische Haltung auf unsere Straßen und auf unsere Plätze bringt, der hat in diesem Land nichts verloren.

Vereine und Organisationen unterstützen teils offen und teils unter dem Deckmantel vermeintlicher „humanitärer Ziele“ die Hamas oder andere militante palästinensische Gruppen. Deshalb müssen alle Zahlungen an die palästinensischen Gebiete und Organisationen auf den Prüfstand gestellt werden. Wer Israel vernichten will, oder den Holocaust verharmlost, der darf kein deutsches Steuergeld erhalten.

Und wir müssen nach allem, was wir dort sehen, unsere Migrationspolitik neu ausrichten. Friedrich Merz hat bereits im Jahr 2000 in die Debatte um Migration den Begriff der deutschen Leitkultur einflechten wollen. Horst Seehofer hat 2017 gesagt: „Das Bekenntnis zur Leitkultur ist eine der Voraussetzungen für gelingende Integration.“ Doch was ist passiert? Das Ganze ist diffamiert worden als eine rassistische Kampagne. Unsere Antwort muss jetzt eine Anhebung der Anforderungen sein, vor allem an den Begriff der Integration.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagen klar: Wer das Existenzrecht Israels nicht anerkennt, wer Juden hasst, der darf in diesem Land kein Asylrecht und keinen anderen Schutzstatus bekommen. Die deutsche Staatsbürgerschaft darf nur bekommen, wer sich ausdrücklich und konkret zum Existenzrecht Israels bekennt. Und wer die Doppelte Staatsbürgerschaft hat und durch antisemitische Handlungen auffällt, dem muss man konsequenterweise die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen können. Wer Israelfeindlichkeit und Antisemitismus auf unsere Straßen und Plätze bringt, der muss unser Land verlassen.

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB